Kispi-Verstaatlichung abgelehnt

Der Kantonsrat will die private Trägerschaft des in Finanznot steckenden Zürcher Kinderspitals beibehalten.

Matthias Scharrer

Das Kinderspital Zürich ist mit seinem Neubau finanziell zum Notfallpatienten geworden. Bild: Matthias Scharrer

Das Universitäts-Kinderspital Zürich (Kispi) gilt als systemrelevant, also unverzichtbar. Darin sind sich die Parteien von rechts bis links einig. Schliesslich werden rund die Hälfte aller Kinder im Kanton Zürich und auch viele Kinder und Jugendliche aus anderen Kantonen dort behandelt. Und weil es unverzichtbar ist, hat der Kantonsrat ihm in seiner akuten Finanzkrise in den letzten zwei Jahren auch mit 60 Millionen Franken geholfen.

Im Zuge dieser Krise kam von links die Forderung, das Spital zu verstaatlichen. Der Kanton Zürich solle anstelle der privaten Eleonorenstiftung die Trägerschaft übernehmen, forderten SP, EVP und AL in einer gemeinsam eingereichten Motion. Der Kantonsrat hat diese nun abgelehnt: SVP, FDP, Mitte und der Grossteil der GLP waren dagegen.

Nur als Eigentümer könne der Kanton effektiv steuern

Erst kurz vor den Sommerferien hatte der Kantonsrat noch einen Nachtragskredit von 25 Millionen Franken für das Kispi bewilligt. «Diese Finanzspritze wird nicht die letzte sein», sagte am Montag Sibylle Marti (SP, Zürich), Erstunterzeichnerin des nun abgelehnten Verstaatlichungs-Vorstosses.

Faktisch habe das Kinderspital bereits eine Staatsgarantie. Da wäre es nur konsequent, es in eine kantonale Trägerschaft zu überführen, so die SP-Co-Fraktionspräsidentin weiter. Zumal der kürzlich erfolgte Abgang des Kispi-CEOs Georg Schäppi mitten in der Krise des Spitals nichts Gutes vermuten lasse.

Zudem habe sich die vom Zürcher alt Stadtrat Martin Vollenwyder (FDP) geführte Eleonorenstiftung punkto Kispi-Finanzkraft massiv verschätzt. Das Kinderspital werde auch in Zukunft Geld vom Kanton benötigen, doch nur als Eigentümer könne dieser das Spital effektiv steuern, argumentierte Marti.

«Müssten eine Milliarde in die Hand nehmen»

Widerspruch kam sogleich von der SVP: «Der Kanton Zürich kann sich diese Übernahme gar nicht leisten. Wir müssten eine Milliarde dafür in die Hand nehmen», sagte Lorenz Habicher (SVP, Zürich). Ausserdem habe sich die private Trägerschaft während 150 Jahren bewährt. Und: Die Ursachen der aktuellen Finanzprobleme blieben auch bei einer Verstaatlichung bestehen. Er erwähnte in diesem Zusammenhang etwa den letztes Jahr eröffneten Kispi-Neubau, den es zu amortisieren gelte. Er kostete 735 Millionen Franken. Zudem hätten auch andere Spitäler Finanzprobleme.

Philipp Müller (FDP, Dietikon) doppelte nach: «Selbst wenn sich der Kanton diese Investition gönnen würde: An den Problemen würde sich nichts ändern.» Im Gegenteil: «Die Spendeneinnahmen würden nach einer Verstaatlichung weitgehend wegbrechen.» Statt das Kispi zu verstaatlichen, gelte es nun, die mit den Finanzspritzen des Kantons verbundenen Auflagen konsequent umzusetzen.

Zu diesen Auflagen zählen eine Einsitznahme des Kantons im Stiftungsrat der Eleonorenstiftung sowie regelmässige Überprüfungen der Kispi-Finanzen durch den Kanton.

«Nicht jedes systemrelevante Unternehmen muss verstaatlicht werden, nur weil es staatliche Unterstützung braucht», fand auch Daniel Rensch (GLP, Zürich). Steigende Kosten, Defizite aufgrund zu tiefer vorgegebener Tarife und den Fachkräftemangel gebe es unabhängig von der Trägerschaft des Spitals.

Kispi-Gründung erfolgte dank Spenden

Die Befürworterinnen einer Verstaatlichung führten auch historische Argumente an. Das Kinderspital sei Ende des 19. Jahrhunderts entstanden. Damals seien Frauen und Kinder als nicht vollwertige Wesen angesehen worden, sagte Jeannette Büsser (Grüne, Horgen). Und noch heute würden Kindermediziner deutlich weniger verdienen als andere Ärzte.

Die Allgemeinheit beteilige sich ohnehin via Prämien und Steuern an den Kispi-Kosten. Da wäre es gemäss Büsser konsequent, wenn eine staatliche Trägerschaft das Kispi übernähme – was ja bei Spitälern wie dem Universitätsspital Zürich oder dem Kantonsspital Winterthur diskussionslos der Fall ist.

Nicole Wyss (AL, Zürich) griff die historische Argumentation auf: Den finanziellen Grundstock zur Eleonorenstiftung habe der Arzt Conrad Cramer in den 1860er-Jahren gelegt, dessen Frau Eleonore wie so viele Mütter und Kinder jener Zeit im Kindbett starb. Ein Spendenaufruf der NZZ habe dann seinerzeit die Spitalgründung ermöglicht.

«Die Verantwortlichen des Kispi müssen jetzt liefern»

Wyss bezweifelte, dass das fürs Kispi seit jeher wichtige Spendenaufkommen bei einer Verstaatlichung zurückginge. Schliesslich würden die Spenden jeweils für konkrete Projekte gesammelt, was auch künftig möglich wäre.

Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP) betonte, die Zürcher Gesundheitsversorgung beruhe auf kantonalen, kommunalen und privaten Institutionen. Die SVP-Regierungsrätin fügte an: «Die Trägerschaft des Kispi hat sich bislang grundsätzlich bewährt.»

Doch die neue Kispi-Führung, die im Januar 2026 antrete, sei nun von Anfang an gefordert. Gemeint ist Julia Hildebrandt, vormals CEO der Kliniken Lengg und Klinikdirektorin in Wald, die nächstes Jahr als Kispi-CEO beginnt. «Die Verantwortlichen des Kispi müssen jetzt liefern», sagte Rickli.

Es klang fast wie eine Drohung. Und als sich das deutliche Nein zur Kispi-Verstaatlichung im Kantonsrat abzeichnete, kündigte SP-Kantonsrätin Marti bereits an: «Wir behalten uns vor, diese Motion zur gegebenen Zeit nochmals einzureichen. Das Thema ist nicht vom Tisch.»

Nein zu Zürcher Spitalverbund

Kanton Der Zürcher Kantonsrat hat einen Vorstoss für einen Zürcher Spitalverbund abgelehnt. Eine Mehrheit war der Ansicht, dass sich die Probleme der Spitäler damit nicht lösen lassen.

Die von SP und AL eingereichte Motion wurde am Montag mit 133 zu 38 Stimmen abgelehnt. Der Vorstoss forderte die Schaffung eines Spitalverbunds aller auf der kantonalen Spitalliste aufgeführten Spitäler, die dem Kanton oder den Gemeinden gehören.

Erstunterzeichnerin Pia Ackermann (SP, Zürich) argumentierte, dass ein Zürcher Spitalverbund die nötige und sinnvolle Koordination der Angebote der Spitäler ermögliche. Koordination statt Konkurrenz sei gefordert.

Ausserhalb von SP und AL stiess das Anliegen kaum auf Zustimmung. Auch der Regierungsrat empfahl die Motion zur Ablehnung, sie sei schlicht «überflüssig», wie Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP) sagte. *(sda)*

EDU kündigt Volksinitiative an

Zürich Die EDU Kanton Zürich hat eine Volksinitiative angekündigt, die höhere Prämienverbilligungen für Kinder aus bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen fordert. Die Prämien der Kinder von betroffenen Familien sollen zu 100 Prozent statt nur zu 80 Prozent übernommen werden.

Die Partei werde die kantonale Volksinitiative «Keine Krankenkassenprämien für Kinder aus bescheidenen Verhältnissen» voraussichtlich im Oktober lancieren, wie sie am Montag mitteilte. Gemäss aktueller Rechtslage sind die Kantone verpflichtet, für untere und mittlere Einkommen die Prämien der Kinder um mindestens 80 Prozent zu verbilligen. Die Initiative fordert, dass Familien, die Prämienverbilligung beziehen, sich an den Kinderprämien gar nicht mehr beteiligen müssen. Für die Steuerzahler soll dies jedoch keine Mehrkosten zur Folge haben – weil im Gegenzug zur Erhöhung der Leistungen für Kinder die Leistungen für Erwachsene bei der individuellen Prämienverbilligung (IPV) reduziert werden sollen. *(sda)*

Parfümdiebe festgenommen

Zürich-Flughafen Die Kantonspolizei Zürich hat vergangenen Donnerstagmorgen am Flughafen Zürich zwei Ladendiebe aus Litauen festgenommen und stellte dabei Deliktsgut im Wert von mehreren Tausend Franken sicher, wie sie schreibt. Die Abklärungen hätten gezeigt, dass das Pärchen die Produkte kurz zuvor in den Duty-free-Shops gestohlen und ganz offensichtlich nicht zum ersten Mal Waren am Flughafen Zürich gestohlen hatte. *(liz)*

Mehr Altkleider für Zürcher Secondhand-Läden

Ab 2026 dürfen auch T-Shirts mit Löchern oder Jeans mit Rissen in die Altkleider-Sammlung gegeben werden.

Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) hat die Sortierung und Verwertung der Stadtzürcher Altkleider an die Firma Tell-Tex AG vergeben, wie die Stadt am Montag mitteilte. Bei dieser Ausschreibung handle es sich schweizweit um die erste, die mit klar definierten Zielen der Kreislaufwirtschaft eine nachhaltige Transformation der Textilverwertung anstrebe.

Der Vertrag mit Tell-Tex läuft von Anfang 2026 bis Ende 2035, wie es weiter heisst. Die zehnjährige Vertragsdauer sorge für Planungssicherheit. Den die Umstellung der Textilsortierung und -verwertung bedinge technologische Investitionen. Tell-Text wird die Alttextilien künftig so sortieren, dass sie den in der passenden Menge und Qualität in den lokalen Secondhand-Markt gelangen, wie es weiter heisst.

2000 Tonnen Alttextilien pro Jahr gesammelt

Da der Secondhand-Mark aufgrund der grossen Mengen und unterschiedlichen Qualitäten aber nicht alle Alttextilien aufnehmen könne, müsse gleichzeitig ein Faser-zu-Faser-Recycling aufgebaut werden. Letzteres soll unter anderem in einem von Tell-Tex geplanten Sortier- und Recyclingzentrum in der Schweiz stattfinden.

Recycling-Garne reduzieren die Treibhausgasemissionen im Vergleich zur Herstellung neuer Kleidungsstücke erheblich. Die verbleibenden Alttextilien werden in Europa wiederverwendet, downgecycelt oder in Schweizer Kehrichtverwertungsanlagen verbrannt.

In Zürich sollen mehr Alttextilien gesammelt werden. Bild: Patrick Luethy

Aktuell werden in der Stadt Zürich pro Jahr etwa 2000 Tonnen Alttextilien gesammelt. Damit künftig möglichst viele Alttextilien recycelt werden, können ab Januar 2026 auch beschädigte Kleider in die Sammlung gegeben werden. Zudem werden Stoffreste neu für das Faser-zu-Faser-Recycling gesammelt. Wichtig sei, dass alle Textilien und Schuhe sauber seien, heisst es. *(sda)*